

auch die Flammen aus dem Dachstuhl des Feilerischen Wohnhauses schlagen. Es war ein Glück, daß das Feuer erst im Anfangsstadium war, und so konnte man den Brand bald erlösen. Als die Feuerwehre erlösen, war das Feuer bereits beendet. Das Feuer ist in der Wächstammer auf dem Hausboden entstanden und zwar wurde als Brandherd das Bett festgestellt. Das Bett und eine Kommode verbrannten. Die Ursache des Feuers ist noch nicht aufgeklärt. Die Umstände lassen Brandstiftung vermuten.

Defau. Ein sehr unangenehmes Abenteuer erlebte der Kraftwagenführer eines Wittenberger Arztes. Er unternahm mit dem Wagen seines Arbeitgebers am Sonnabend eine Schwarzfahrt, zu der er mehrere Freunde einlud. Nachdem das Kollegium unterwegs die verschiedenen Alkoholika genossen hatte, überließ der Gastgeber bei der Fahrt durch die Dessauer Albrechtsstraße die Führung des Wagens einem seiner Freunde. Die Folge war, daß der Wagen zweimal hintereinander gegen Bäume raste. Der berufsmäßige Chauffeur erlitt einen schweren Schädelbruch. Von den übrigen Insassen des Wagens wurde nur einer leichter verletzt. Chauffeur beschuldigt ihren Mann

Magdeburg. Der am 19. Februar an dem Bergwerksdirektor Kramer ein Nachforschungsverbot erteilt worden, weil er der Auffassung zu stehen. Direktor Kramer wurde, wie erinnerlich, nachts von seinem Haus durch einen Schuß aus der Dunkelheit getötet. Es gelang nicht, den Täter zu ermitteln. Jetzt meldete sich die Frau des Helioglyphen Otto Koch aus Hamm bei der Grubeninspektion in Nachforschungsverbot und gab an, daß ihr Ehemann den Mord in Direktor Kramer begangen habe. Koch war bis zum Jahre 1929 als Geheime und Bademeister auf der Zeche beschäftigt gewesen und wegen Unregelmäßigkeiten von Kramer entlassen worden. Die Frau, die wohl ein unruhiges Gewissen und Familienfeindschaften zu ihrem Schicksal veranlaßt haben, hat ihre Angaben vor dem Richter wiederholt. Otto Koch wurde festgenommen und dem Gefängnis in Halberstadt zugeführt. Bisher bestreitet er die Tat.

Selbstmord eines Großindustriellen
Erhielt in einem Zustand schwerer nervöser Depression hat der Fabrikdirektor und Stahlwerksdirektor Franz Herzmann an von der Lederfabrik A.-G. Franz Herzmann seinen Leben ein Ende gemacht. Der Bestand der Fabrik soll in seiner Weise gefährdet sein. Der Status sei mit nahezu einer Million RM aktiv. Der Grund zu der Tat soll allgemeine Entmutigung über die Ertragslosigkeit der Lederwirtschaft sein.

Eine Gemeinde um 300 000 RM geschädigt
Hölzer (Rr. Neubaldensleben). Durch mangelhafte Amtsführung um 300 000 RM geschädigt worden ist die Gemeinde Bötze. Die Schuldigen beannten, Gemeindevor-

steher Schäfer undendant Lange, sind ihrer Vermerthoben worden. Die Summe der von ihnen ausgeführten Unterhaltungen beläuft sich auf 43 200 RM. Gegen sie ist Anzeige wegen Urkundenfälschung und Betrug erlassen und gegen Schäfer ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Magdeburg. Die Scharlach- und Diphtherieepidemie ist noch immer nicht im Abflauen begriffen. Im Mai und Juni erkrankten 153 Kinder und 26 Erwachsene an Diphtherie; gestorben sind 22 Kinder. An Scharlach erkrankten 59 Kinder und 16 Erwachsene.

Magdeburg. Gefaschte Räuberbande. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, die an dem Kraußbüchel auf den Schiffingenieur Solloch Bestrafung festzunehmen. Es handelt sich um vier Arzteile, die den Heberfall seit längerer Zeit vorbereitet hatten. Die Täter sind durchweg schwer verurteilt.

Merseburg. Gemeindevahlen in der Einheitsgemeinde. Der Landrat des Kreises Merseburg hat den Termin der Neuwahlen für die neugeschaffenen Einheitsgemeinden Lützen und Bad Dürrenberg auf den 10. August festgesetzt.

Niegeritz (Elbe). 33 Schafe vom Bliz getötet. Während eines heftigen Gewitters über einem Ort fuhr ein Bliz in eine weibliche Schafherde und tötete 33 Tiere. Der Blizschlag beim Bürgermeister. Der Wohnung des hiesigen Zweiten Bürgermeisters stürzten in der Nacht Diebe einen Belud auf und schleppten aus dem Schlafzimmer, in dem das Bürgermeisterpaar schlief, einen Nachtschrank in das Nebenzimmer, wo sie ihn der darin befindlichen Wertgegenstände, die auf etwa 600 RM geschätzt werden, beraubten. Die Spießbuben entkamen unerkannt.

Wieder ein Bürgermeister amtsentföhren
Neuhaus B. Sommerberg. Bürgermeister Möring, der der SPD angehört, ist seines Amtes entböhren worden. Seit langer Zeit schwebt gegen ihn ein Disziplinar- und Strafverfahren.

Großmutter und Enkelkind ertrunken
Neudorf. In einem kleinen nahegelegenen Flußstück fand man die 80jährige Frau Nestor mit ihrem 10jährigen Enkelkind als Leichen. Es wird angenommen, daß die alte Frau ihrem Enkelkind, das epileptisch erkrankt war, zu Hilfe kommen wollte und dabei selbst den Tod fand.

Ganz leise trägt der Hahn
In einer Dresdener Blatt wird folgende nette Geschichte von der Findigkeit der Post erzählt: In einem kleinen Städtchen Sachsens kam ein Brief an, der folgende seltsame Aufschrift hatte: „Ganz leise trägt der Hahn in ...“ Bei der Post war zuerst großes Rätselraten, was diese geheimnisvolle Aufschrift bedeuten sollte, und anfangs glaubte man, daß es sich um irgendeinen Scherz handle, der mit der Post getrieben werden sollte, bis der fähige Briefträger seine Meinung dahin ausdrückte, daß es sich doch um eine Adresse

handle. Er war überzeugt, daß der Mann, der diesen Briefumschlag geschrieben hatte, nur nicht in der Beschreibung zu genau beachtet wußte, und er fragte darum bei dem Kantleierteiler Hahn an, ob der Brief für ihn lie. Tatsächlich hatte der Postbeamte das Richtige getroffen. Infrakt „Ganz leise trägt der Hahn“ hätte auf dem Briefumschlag stehen müssen: „Kantleierteiler Hahn“.

Dresden. Ermittlung im Dresdener Stadtparlament. In der Stadtparlamentenitzung kam es zu erregten Tumulten. Da ein Kommunist nach dem anderen für die Tribüne berechnete Reden hielt, wurde ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf 15 Minuten angenommen. Die Kommunisten hielten aber nicht daran, und die Tribünenbesucher gaben durch aufsteigende Zurufe ihrer Beschränkung über das Verhalten ihrer Genossen im Saal lebhaften Ausdruck. Ein Tribünenbesucher schrie: „Und da lacht ein freches Schwein da unten!“ Die Ermahnungen des Vorstehers zur Ruhe wurden nicht beachtet, so daß er die Tribüne räumen lassen mußte. Dabei kam es zu wilden Aufrufen. Unter Schreien und Toben und Rotfront-Rufen wurden die Demonstranten schließlich aus dem Saal gedrängt.

Berlin. Der Schlafwagen des D-3iges München-Berlin entgleist. Beim Einfahren in die Station Berlin-Görlitz entgleiste der zweite Wagen. Ein Schlafwagen, des D-3iges 71, der von München kam, verließ wurde niemand. Die Reisenden stiegen in einen anderen Wagen um. Der Zug kam mit geringer Verzögerung in Berlin an.

Flugbootunglück bei Bornholm.
Drei Insassen wahrscheinlich ertrunken.

Berlin, 8. Juli.
Das Wasserflugzeug D 864 mußte an der Südküste von Bornholm wegen Motorfehlers auf See niedergehen. Die Besatzung bestand aus Flugkapitän Kuring, Flugmaschinist Friedrich und dem Funke Lippmann. Außerdem waren vier Passagiere an Bord. Der Führer nahm Verbindung mit dem Motorflieger „Maia“ auf und schloß einen Vertrag mit ihm, das Flugboot in den nächsten Bornholmer Hafen zu schleppen.

Nach 2½stündiger Schleppfahrt trat die Katastrophe ein, das Flugboot kenterte und alle Insassen sprangen ins Meer und kammerten sich an den Rumpf an. Es gelang der „Maia“, drei Personen zu retten. Während des hohen Seegangs war es aber unmöglich, wieder an das Boot heranzukommen. Dagegen wurde die in der Nähe liegende holländische Yacht „Spil“ beordert, an das havarierte Flugboot heranzugehen, und man konnte von der Maia aus beobachten, daß dieses Fahrzeug weitere Insassen des Flugzeuges an Bord nahm. Man muß jedoch bekräftigen, daß die übrigen drei Insassen ertrunken sind. Ein deutsches Torpedoboot, mehrere deutsche Flugzeuge und eine Anzahl Bornholmer Fährfahrzeuge suchten weiterhin die Unglücksstelle ab.

Zur **Einmachzeit** empfähle gut und preiswert:

Kristallzucker
Kulzucker
Weinessig
Essigsprit
Salicyl
Rum
Weinsteinsäure
Citronensäure
Gelatine, weiß u. rot
Schwefelfaden
Pergamentpapier
Bindfaden
sämtliche Gewürze

Zur **Hausweinbereitung** billig in allen Größen:

Korbflaschen
Korke, Spunde
Gärröhren
Gummischlauch
Weinheber
Korkmaldhinen
Glastrichter
Colophonium
Flaschenlack
Weinhefe

in besser Qualität und verchied. Geschmacks

Fruchtpressen — Einkochapparate
Einkochgläser besonders billig

J. G. Glaubig.

Frisches, fettes Rindfleisch frische Flecke empfiehlt **Willi Näß**

Morgen Donnerstag emphehle von 2 Uhr ab in feinsten Qualität:

Windbeutel u. Schillerlocken mit Schlagsahne
Cremeschmitte
Mohrenkörpchen
Plunderbüchchen
Kirsch- u. Heidelbeerkuchen

Ernst Wend
Bäckerei - Conditorei
Telefon 338

Hotel „Blauer Hecht“
Am Sonntag, den 13. Juli, abends halb 9 Uhr
Gastspiel der Sommer-Operette Wittenberg
Die erfolgreiche Operette

Bachstelzchen
Operette in 4 Akten von Eduard von der Bede
Musik von Max Vertuch
Regie: Oberpielleiter Curt Breßl, Leitung: Ricardo Florzdorff

In den Hauptpartien:
Liddi Perlinsti, Mizi Durst, Ida Hild, Gela Kraus, Elsa Knappe, Curt Breßl, Otto Knappe, Ernst Fischer

Es wird ausdrücklich gebeten, den Vorverkauf recht rege in Anspruch nehmen zu wollen, da von demselben das Stattfinden der Vorstellung abhängt
Preise der Plätze: 1,50 M., 1.— M., 80 Pf.

Vorverkauf Buchdruckerei Arnold

Schießpreise empfiehlt in reicher Auswahl **Richard Arnold**

Einmache- u. Kuchen-Sauerkirschen (Gartenkirschen) hat abzugeben
Schreiber, Dübener Straße 20

Johannisbeeren Sauerkirschen gibt ab **Fr. Clemens**

Alle Artikel zur Weinbereitung empfiehlt **Rudolf Huhn**

Rnieling und **Weißerüben - Samen** empfiehlt **Rudolf Huhn**

Führer durch die Dübener Heide zu haben bei **Richard Arnold** Buch- und Papierhandlung

Gewerbe-Verein Heute **Mittwoch**, abends 1/9 Uhr in der Bahnhofs-Wirtschaft **Bersammlung** Um zahlreiches Erscheinen bittet **der Vorstand.**

Der Stahlhelm
Bund der Frontsoldaten
Freitag, den 11. Juli, abends 1/9 Uhr im Palmbaum **Bersammlung** **Der Ortsgruppenführer**

Johannis-Beeren gibt ab **Sack, Weinbergstraße**

Sauerkirschen hat abzugeben **Franz Böser, Leipzigstraße 3**

Maschinen und Reinigen nimmt an **Rich. Ballmann, Weinbergstr.**

Handschleppharten ab Lager **Arthur Meier Landmaschinen**
Die Beleidigung, die ich über Frau Semmer ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück. **Ernst Kelle**

Runstkoperei Handweberei von **Bruno Gärtner-Mehnert**
Düben (Mulde), Gartenstraße 41
Sämtliche Kleidungsstücke, Gardinen, Teppiche usw. welche durch Wotten, Riß oder Brand beschädigt sind, werden kunstgerecht eingewebt. Die eingewebten Stellen sind kaum aufzufinden. Postkarte genügt. Die Sachen werden abgeholt und wieder zurückgebracht ohne Vorkaution. NB. Fertige und **Wahnhänge** an bei billiger Preisberechnung.
Prima Referenzen.
Damen-Kostüme, Kleider, Mäntel
Stadtkoffer empfiehlt **Richard Arnold.**

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“
Ortsgruppe **Kemberg**
veranstaltet am **Sonntag, den 13. Juli** im Schützenhaus fest diesjähriges **Sommer-Fest**
verbunden mit **Schießen und Würfeln**, Anfang 2 Uhr, von 3 Uhr an **Tanz**
wozu Freunde und Gönner des Vereins herzlichst eingeladen werden
Der Vorstand

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. verliert jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Sechspaltige Petitseite oder deren Raum 15 Pfa., die Sechspaltige Kleinzeile 40 Pfa., Anzeigengebühr 50 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingtes geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mkt. das Tausend, zuzüglich Postgebühr! / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 79

Donnerstag, den 10. Juli 1930

32. Jahrg.

Steuern.

Die für den Monat Juli fälligen Grundvermögens- (Grund- und Gebäudesteuern), Hauszins- und Stadtvermögenssteuer sowie der staatliche Zuschlag zur Grundvermögenssteuer sind bis Dienstag, den 16. Juli bei unserer Kasse einzuzahlen.

Für alle nach dem 16. Juli eingehenden Beträge müssen 10 vom Hundert Verzugszinsen erhoben werden.

Kemberg, den 5. Juli 1930.

Der Magistrat.

Neues in Kürze.

Der Führer der aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei abgetrennten Bewegung, Otto Strasser, veröffentlicht „14 Thesen der Deutschen Revolution“, in denen er das Programm der neuen Splitterpartei zusammenfaßt.

Unglück dem kommunistischen Parteitag in Moskau wurde auch der Tätigkeit der Komintern großes Lob gesendet und gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß in der Vorbereitung zur Weltrevolution mit allen Mitteln fortgeschritten werden müsse.

„Mandate.“

Genf, Juli 1930.

Einige Wochen lang beschäftigte sich das politische Genf, Völkerbund und Arbeitskonferenz, gleichzeitig mit „kolonialen Themen“. Im Parlament Electoral debattierten man wochenlang über die Zwangsarbeit in den Kolonien und brachte schließlich ein Abkommen zustande, das zwar nicht ihre völlige Abschaffung bedeutet, auch nicht den ziemlich weitgehenden Forderungen der Arbeitnehmer entspricht, immerhin aber einen ersten Schritt zur Unterbindung dieser Kulturschande darstellt. In derselben Zeit tagte die Mandatskommission in doppelter Sitzung: in außerordentlicher, die sich mit der Palästinafrage beschäftigte, und in ordentlicher Sitzung, die, wie gewöhnlich, die Berichte mehrerer Mandatsmächte über die ihnen anvertrauten Gebiete zu prüfen hatte.

Die Informierung der Öffentlichkeit über die außerordentliche Tagung der Mandatskommission war mehr als mangelhaft. Man hat sich zwar inzwischen daran gewöhnt, daß alle Tagungen dieser Kommission geheim sind und hinter verschlossenen Türen stattfinden, wobei es merkwürdig berühren muß, daß die Sournaisten einige Monate nach jeder Tagung die wortgenauen Verhandlungsprotokolle, die dann gedruckt werden, ohne besondere Schwierigkeit auf Verlangen erhalten können. Immerhin erhält aber die Presse und damit die öffentliche Meinung im allgemeinen während der Tagungen der Mandatskommission regelmäßige Überflüsse, sogenannte Informationsnotizen, die wenigstens einen gewissen Einblick in das behandelte Material verschaffen. Während der außerordentlichen Tagung über das Palästina Mandat aber blieben diese Tagesberichte entweder überhaupt aus oder aber sie waren so farblos und allgemein, daß aus ihnen nichts zu entnehmen war. Mehr als einmal waren sie sogar direkte Fälschungen, weil sie jeweils nur den Standpunkt des englischen Regierungsobertrreters wiedergaben, ohne auch nur mit einem Wort die Stellungnahme der Mitglieder der Kommission selbst zu erwähnen.

Übrigens hat die Informationsabteilung nicht nur im Fall Palästina falsche oder ungenügende Notizen herausgegeben, sondern auch während der ordentlichen Tagung. Als nämlich die Verwaltung der ehemals deutschen Kolonie Neu-Guinea, die der Dominionregierung Australiens untersteht, behandelt wurde, brachte das deutsche Mitglied der Kommission, Geheimrat Kuppel, die Sprache darauf, daß in der letzten Zeit deutschen Staatsangehörigen in Neu-Guinea von der Mandatsverwaltung erhebliche Schwierigkeiten gemacht wurden. Der Vertreter der australischen Regierung sagte daraufhin die Bestellung dieser Mißstände zu, die im Widerspruch zu den ausdrücklichen Bestimmungen der Mandatsverträge, welche allen Angehörigen von Völkerbundmitgliedern wirtschaftliche Gleichberechtigung zu sichern, stehen; die amtliche Mitteilung des Völkerbundsekretariats berichtet über diesen Vorfall dagegen, daß der australische Regierungsobertrretter erklärt habe, derartige Mißstände gäbe es in Neu-Guinea nicht, und die Deutschen genössen dort die gleichen Rechte wie die Angehörigen anderer Nationen.

Interessant war auch die Debatte über Tanganja, das ehemalige Deutschostafrika. Während nämlich der Mandatsvertrag vorsieht, daß in den Mandatsgebieten keinerlei Awanarbeit betreiben dürfe, müßte der eng-

lische Regierungsbeamte zugeben, daß in den beiden letzten Jahren in Ostafrika noch Fälle von Zwangsarbeit und zwangsweiser Rekrutierung vorgekommen seien, „wenn sie auch immer weniger zahlreich würden“. Dabei ist es bemerkenswert, daß die deutsche Verwaltung schon vor 25 Jahren in Ostafrika begonnen hat, die Zwangsarbeit abzuschaffen, und daß man 1919 dafür in Versailles den Deutschen beiseite, sie seien nicht würdig, Kolonien zu verwalten.

Während der Mandatsstagung kamen aus London die Meldungen über die Veröffentlichung der Regierungskritiklinien zum geplanten Zusammenschluß der Gebiete Tanganja und Kenja-Uganda. Daß sie so spät veröffentlicht wurden, dürfte keine Gründe haben — man will in London einer Entscheidung der Mandatskommission ausweichen, weil man genau weiß, daß die Vereinigung eines Mandatsgebietes mit anderen Kolonialgebieten den klaren Vorschriften der Mandatsverträge widerspricht. Vielleicht hat Herr Henderson auch vergessen, daß er seinerzeit im September am Reichstag in Genf erklärte, er werde die Angelegenheit, bevor die englische Regierung über den Hilton-Young-Bericht entscheide (was sie jetzt getan hat), von selbst dem Mandatsausfluß in Genf vorlegen. (Was nicht geschehen ist, wie man sehen hat...)



es der Regierung genügt, in den Verhandlungen, die sich in der Hauptsache hinter den Kulissen abspielen dürften, die Parteien zu einer anderen Stellungnahme gegenüber dem Reichsprogramm als bisher zu bewegen. Die Parteien scheinen nämlich, nachdem sie ihre ursprünglichen grundsätzlichen Bedenken zum Teil zurückgestellt haben, neuerdings den Verlust machen zu wollen, zahlreiche Einzeländerungen an den Steuergeetzen durchzuführen. Dies würde bedeuten, daß für die Regierung 14 Tage schwerer parlamentarischer Verhandlungen bevorstehen; jedoch wird die Regierung wohl nicht umhin können, sich auf derartige Verhandlungen einzulassen, da es zweifelhaft erscheint, ob die Stimmen der hinter der Regierung stehenden Parteien ausreichen, um ihr eine Mehrzahl im Reichstage zu sichern.

Befanlicht lehnen die Deutschnationalen das Deckungsprogramm der Regierung voll und ganz ab, während die Sozialdemokraten bisher noch nicht haben erkennen lassen, welche endgültige Stellung sie gegenüber den Deckungsvorlagen einnehmen werden.

Die wesentlichen Punkte der Deckungsvorlagen werden auch von den Sozialdemokraten befaßt. Wenn die Regierung sozialdemokratische Stimmen gewinnen will, wird sie somit ihr Programm in einigen Punkten ändern müssen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß die politischen Verhandlungen im Reichstage zu einer Einschwärzung des Kabinetts Brining führen werden. Dies würde, wie man in unrichtigen politischen Kreisen verflucht, aber zweifellos auch bei einer Annahme des Deckungsprogrammes das Ende des Reichstages bedeuten, so daß dann wohl nur Reichswahlen für den Herbst (frühestens für den September) abgesehen werden müßte. Das Schicksal der Regierung Brining steht also wieder einmal auf dem Spiel.

Dietrichs Etat.

Der Reichsfinanzminister über die Deckungsvorlage.

Berlin, 8. Juli.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des deutsch-rundfunkischen vorläufigen Sanftensabkommens, das in zweiter und dritter Beratung angenommen wurde.

Es folgt dann die Beratung des

Haushalts des Reichsfinanzministers und in Verbindung damit die erste Beratung der Deckungsvorlagen.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

beginnt seine Ausführungen mit einem Dank an seinen Vorgänger Dr. Wolbenhauer, der sich durch sein mannhaftes Eintreten für einen unbedingt gebildeten Haushalt Verdienste erworben habe, die eine spätere Zeit ruhiger Vorkämpfe besser zu würdigen müssen werde. Nach einem kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Reichsfinanzen in der letzten Zeit weist er auf den unbedeutenden Fehlbetrag des Haushalts hin, der, wie der Minister bereits im Reichsrat im einzelnen dargelegt hat, 485 Millionen RM beträgt.

Die Ursachen dieses Fehlbetrages seien ausschließlich in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Monate zu suchen. Auf diese seien die Arbeitslosigkeit und die enormen Kosten, die dem Reich daraus entfielen, zuzuführen, und aus beiden, wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeitslosigkeit, ergebe sich der Steueranfall.

Wenn die Arbeitslosenversicherung wirklich ihre Aufgabe erfüllen und demgemäß dem Arbeitslosen die ihm zustehenden Ansprüche befriedigen würde, dann wäre das größte Unruheheitsmoment auf der Ausgabe Seite des Reiches geschwunden. Der Minister geht dann des näheren auf die Deckungsvorlage

ein. Was die von der Regierung beabsichtigte Einsparung von 100 Millionen an den Haushaltsausgaben angehe, so werde es unter den Reichsrats noch einen harten Kampf geben. Er habe aber die tatsächliche Einsparung dieser 100 Millionen zur Voraussetzung seines Verschließens im Amte gemacht. Die vom Hanja-Bund geforderte Erhöhung des Reichsbudgets an die Anwaltschaft und der Überverteilungen aus der sogenannten 14. Brünning seien nicht zu verantworten. Alles in allem könne man sagen, daß von den Vorschlägen des Hanja-Bundes schließlich noch 100 Millionen wirkliche Ersparnisse übrig blieben, die ja auch die Reichsregierung zu machen entschlossen sei.

Die Hauptlast der finanziellen Notlage der Gemeinden, die Arbeitslosigkeit, bilde auch eine feste Gefahr für die Finanzen des Reiches. Die Reichsregierung lege diese Gefahr in aller Schärfe.

Mit den vorgelegenen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung werde man nur auskommen, wenn das Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt werde. Im Vordergrund zur Regelung der Gemeindefinanzen ständen der Verwaltungsstellenbeitrag oder Bürgersteuer, die Gemeindegrenztsteuer und die Frage der Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Der Minister befaßt sich dann mit dem Umbau des Steuerwesens des Reiches und erklärt, daß hier die Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer das erste Ziel sein müsse, wobei er wiederum die Realsteuerfrage für die vordringlichste halte. In dem Augenblick, in dem wir die Hauszinssteuer ganz oder teilweise nicht mehr für den Wohnungsbau brauchen, werde die Auseinanderlegung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ungeheuer erleichtert, weil in diesem Augenblick eine Entlastung der Realsteuern im gansen oder eine Umgestaltung möglich sein werde. Der Minister wendet sich dann dem Haushalt für 1931 zu, dessen Vorarbeiten in wenigen Wochen begonnen würden. Zum Schluß weist der Minister auf die Bedeutung der Verabschiedung der vorliegenden Gesetzentwürfe hin.

Mit diesen Vorlagen stehe und falle nicht nur die Reform der Arbeitslosenversicherung, sondern auch die Beitragserhöhung. Wenn diese beiden Dinge nicht erledigt würden, so lege er keinen Wert, die hierzu zu erwartenden Mittel in Höhe von rund 300 Millionen aufzubringen, die die Arbeitslosenversicherung erfordere.

Aber auch die ebenfalls bedeutsame Reform der Krankenversicherung und des Gesetz, welches die Beteiligung weiterer Kreislaufrenten im wesentlichen aufheben soll, können dann schwerlich eine parlamentarische Erledigung finden.

Es würden nicht nur die sozialen Reformen, sondern auch die Grundlagen für das Ofiprogramm entfallen.

Mit steigenden Sorgen sei noch zu rechnen, der Reichstag werde aber, solange der Minister im Amte sei, jeweils rechtzeitig vor die Entscheidung gestellt werden, die die Voraussetzung einer geordneten Haushaltswirtschaft sei.

Abgeordneter Dr. Herz (Soz.) weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie für die Sanierung der Reichsfinanzen in der Arbeitslosenversicherung zur Übernahme großer Opfer bereit gewesen sei. Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen werde nach Auffassung der Sozialdemokratie das Ziel der Befriedung der Finanzen nicht erreicht. Die Finanzen seien nur zu lancieren, wenn die Steuern über das hinausgehögert werden, was die Deckungsvorlage bringt. Gelpart werden kann vor allem beim Wehrpart. Gelpart wer-